



Thüringen konsequent gerechter gestalten

Susanne Hennig in der Landtagsdebatte zur Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor

Die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zum Thüringen-Monitor 2013 stand am 19. Dezember im Mittelpunkt der Plenardebatte des Landtags. Seit dem Jahr 2000 wird durch das Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena diese repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur in Thüringen durchgeführt.

Ein besonderer Fokus liegt dabei jedes Jahr auf der Erforschung rechtsextremer Einstellungen, der Demokratieakzeptanz, der Demokratiezufriedenheit und dem Institutionenvertrauen der Bevölkerung. Der Thüringen-Monitor 2013 trägt den Titel „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ - Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung“. In diesem Zusammenhang wurden u.a. die Bewertung der Lebensbedingungen im Freistaat und der näheren Umgebung, die Erwartungen und Gerechtigkeitsvorstellungen der Thüringerinnen und Thüringer sowie ihre Toleranz gegenüber sozialen, kulturellen und ethnischen Minderheiten untersucht.

In der Landtagsdebatte ergriff nach der Ministerpräsidentin die LINKE-Abgeordnete und Landesvorsitzende der Partei, Susanne Hennig, das Wort. Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede:

Umfrageergebnisse bestätigen in der Regel immer die eigene Politik. Frau Lieberknecht hat gerade schöngefärbt, verharmlost, hat gewonnen, und Sie haben etwas getan, was man mit wissenschaftlichen Ergebnissen nicht tun sollte: Sie haben sie an Beratungsresistenz grenzend uminterpretiert. Zur Beseitigung von sozialer Ungleichheit verlieren Sie kein Wort, das ist auch kein Wunder, denn in Ihrer Interpretation des Thüringen-Monitors geht sie auch völlig unter.

Kurzsichtige Betrachtung einzelner Teilergebnisse

Und wie kann man jemandem die politische Verantwortung überlassen, der die Realitäten verkennt und nicht einmal bereit ist, diese anzuerkennen, wenn sie die von Ihnen beauftragten Wissenschaftler auf den Tisch legen. In diesem Sinne ist die Regierungserklärung von Frau Lieberknecht zur Einschätzung des zum 13. Mal vorgelegten Thüringenmonitors wenig überraschend. Eine oberflächliche Betrachtung

jedenfalls, wonach grundsätzlich die Thüringer sowohl mit der eigenen Lebenssituation und der wirtschaftlichen Situation Thüringens zufrieden sind und sich demnach keine Veränderung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse auch jenseits der ökonomischen Verhältnisse notwendig macht, ist eine kurzsichtige und instrumentelle Betrachtung einzelner Teilergebnisse.

Wenn nahe 40 Prozent der 18- bis 24-jährigen angibt, aus Thüringen sicher oder wahrscheinlich fortziehen zu wollen, dann hat auch dies damit zu tun, welche Lebensperspektiven in Thüringen gesehen werden. Immerhin 34 Prozent der Befragten bewerten die Berufsaussichten in Thüringen als sehr oder eher schlecht.

In großem Maße Angst vor sozialem Abstieg

Etwa 70 Prozent der Thüringer bewerten ihre eigene finanzielle Situation und die wirtschaftliche Lage in Thüringen als sehr gut oder gut. Aber nur die Hälfte der Zufriedenen, also insgesamt 35 Prozent, bewertet die wirtschaftliche Lage in Thüringen als besser gegenüber den anderen ostdeutschen Bundesländern. Einer Einschätzung, wie etwa die wirtschaftliche Lage Thüringens im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern gesehen wird, entziehen sich aber die Autoren der Studie. Wir sind der Auffassung, 23 Jahre nach der Wende ist der Vergleichsmaßstab für Thüringen nicht Ostdeutschland, sondern die gesamte Bundesrepublik.

Denn dass ThüringerInnen sich selbst zufrieden zeigen, ändert nichts an der Tatsache, dass sie einschätzen, nicht ausreichend zu partizipieren, sowohl ökonomisch als auch demokratisch, dass sie in großem Maße Angst vor sozialem Abstieg haben, dass sie die Gesellschaftsverhältnisse überwiegend als ungerecht betrachten und dabei eine sehr konkrete Vorstellung von Gerechtigkeit entwickelt haben. Die Hälfte der ThüringerInnen sehen als vordringlichste Aufgabe an, die soziale Ungleichheit zu verringern.

Zwei Drittel sagen, in einer gerechten Gesellschaft haben alle Menschen die gleichen Chancen, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten. Das heißt doch im Kern: Alle Menschen sollen den gleichen Zugang zu ökonomischen, sozialen, politischen, ökologischen und kulturellen Ressourcen haben und ihr Leben selbst gestalten können. Dass dies aber nicht der Fall ist und Chancengleichheit nicht Chan-

cengerechtigkeit bedeutet, wird in einer anderen Fragestellung deutlich. Nur 39 Prozent der ThüringerInnen sind der Auffassung, einen gerechten Anteil oder mehr zu erhalten. 34 Prozent der ThüringerInnen sind in atypischen Beschäftigungsformen, wie Teilzeit, Mini- und Midijobs, Leiharbeit sowie befristeten Arbeitsverhältnissen, tätig. Im Vergleich mit dem westdeutschen Lohnniveau erreicht Thüringen nur 77 Prozent, und wenn dann noch die Arbeitszeit gegengerechnet wird, sind wir in Thüringen bei einem Lohnniveau von 75 Prozent.

Durch den Thüringen-Monitor zieht sich wie ein roter Faden, dass Menschen, die persönlich nicht gerecht am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, weniger von der Demokratie, weniger von den Institutionen der Demokratie halten, sich weniger politisch oder ehrenamtlich gesellschaftlich engagieren und die Demokratie sich selbst überlassen, so dass dieses Land immer weniger demokratisch wird.

Grundlage für die Stärkung einer demokratischen Mitmachgesellschaft ist der Zugang zu Bildung und Bildungsressourcen unabhängig von der finanziellen Lebenssituation der Eltern. Das heißt in der Konsequenz, wie demokratisch unsere Gesellschaft in Zukunft sein wird, entscheiden wir heute mit der Struktur der Thüringer Bildungslandschaft. An diesem Punkt können wir mit unserer bisherigen Politik nicht zufrieden sein.

Manifest vorhandene extrem rechte Einstellungen

Wie jedes Jahr widmet sich der Thüringen-Monitor auch den extrem rechten Einstellungen. Mit großem Interesse wird der Wert zur Kenntnis genommen, wie viele der ThüringerInnen über ein extrem rechtes Weltbild verfügen und wie viele davon zum sogenannten harten Kern zu zählen sind. Dieser Wert ist für 2013 gegenüber 2012 unverändert bei 12 bzw. 5 Prozent - 5 Prozent sogenannte verfestigte, 7 Prozent sogenannte nicht verfestigte extrem rechte Einstellung.

Dies ist niedriger als in manchen Jahren zuvor, aber seit Jahren verfestigt und das sollte uns ein Warnsignal sein, dass wir in Thüringen von in der Gesellschaft manifest vorhandenen extrem rechten Einstellungen ausgehen können und zeitgeschichtliche Ereignisse diese Zustimmungswerte eher nach oben beeinflussen, aber niemals unter ein bestimmtes Niveau sinken.

(Fortsetzung auf Seite 6)

KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

Karenzzeiten

Nachdem auch Bundespolitiker der Union und SPD, wie der derzeitige EU-Kommissar Öttinger (CDU), der bayrische Ministerpräsident Seehofer (CSU) und Bundesumweltministerin Hendricks (SPD), die Einführung von Karenzzeiten zwischen Ausscheiden aus einem politischen Amt und Einstieg in Funktionen in der Wirtschaft befürworteten, fordern wir erneut die Thüringer CDU-SPD Koalition auf, sich endlich, wenn auch leider verspätet, der Karenzzeiten-Diskussion hier im Land zu öffnen.

Die Landtagsmehrheit sollte nicht erneut die Gelegenheit ungenutzt lassen, auch für Thüringen Karenzzeiten einzuführen. Spätestens der Fall Althaus und sein „fliegender Wechsel“ zum Autozulieferer Magna haben gezeigt, dass solche Regelungen auch im Thüringer Landesrecht notwendig sind.

Leider hat aber der Thüringer CDU-SPD-Koalition offensichtlich die Einsicht in die Brisanz des Themas wie auch in die Notwendigkeit einer rechtlichen Lösung gefehlt. Ich erinnere daran, dass entsprechende Änderungsvorschläge der Linksfraktion sowohl im Rahmen der Novellierung des Thüringer Ministergesetzes - damals als Konsequenz aus dem „Fall Althaus“ - als auch im Rahmen der Beratung des LINKE-Gesetzentwurfs zur Abschaffung der so genannten politischen Beamten nach dem „Vorgang Zimmermann“ abgelehnt wurden. Die Thüringer Koalition darf sich angesichts der breiten öffentlichen Diskussion im „Fall Pofalla“ nun nicht mehr länger verweigern, gesetzliche Karenzzeiten auch in Thüringen einzuführen. Andernfalls werden die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit von Demokratie und Politik weiter beschädigt. Es muss endlich jeglicher Gefahr entgegengewirkt werden, dass in Politik und Wirtschaft irgendwelche Lobby-Selbstbedienungsblößen eröffnet werden.

Wenn selbst die EU-Ebene, die leider nicht gerade für eine strikte Antilobby-Arbeit bekannt ist, Karenzzeiten von 18 Monaten festgelegt hat, müssten auch im Bund und in den Ländern sehr deutliche Signale gesetzt werden. Dabei sollten die Vorschläge der Antilobby-Organisationen für eine Karenzzeit von drei Jahren als Mindeststandards auf jeden Fall berücksichtigt werden. Die LINKE wird das Thema Karenzzeiten mit parlamentarischen Initiativen wieder auf die Tagesordnung in Thüringen holen.